Deutsches Reich.

Hamburg, den 8. Juli.

Die Beihilfen für Kriegswohlfahrtszwecke der Gemeinden.

Durch einen Nachtrag zum Reichsetat waren aus Reichsmitteln 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt zu Beihilfen für die Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden. Von diesem Betrag entfielen 110 Millionen auf preussische Gemeinden, denen damit etwa ein Drittel ihrer Aufwendungen erstattet werden konnte. Die preussische Regierung erachtete jedoch diese Beihilfe nicht als ausreichend und stellte weitere 110 Millionen Mark für den gleichen Zweck zur Verfügung. Diese Summe wird in Form von Zuschlägen zu den Reichsbeihilfen verteilt so daß im Durchschnitt zwei Drittel der Kosten der Wohlfahrtspflege den Gemeinden erstattet werden können. Maßgebend für die Zuteilung dieser Beihilfen sind einmal die Leistungsfähigkeit und außerdem die tatsächlichen Leistungen. Es ist nun angeregt worden, leistungsfähige Gemeinden, in erster Linie die Großstädte, von diesen Beihilfen auszuschließen. Eine solche Maßregel stände aber nicht im Einklang mit den für die Verteilung der Beihilfen geltenden Grundsätzen. Denn einmal treten auch an die Großstädte gegenwärtig ganz außergewöhnliche Ansprüche heran, die mit den beschränkten Einnahmen nicht in Einklang zu bringen sind, und außerdem haben gerade die großen Städte, wie auch von maßgebender Stelle anerkannt ist, auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege hervorragende Leistungen aufzuweisen.

Weitere Einschränkung der Bierproduktion in Sicht.

In der Hauptversammlung des Vereins der Gastwirte Groß-Berlins wurde mitgeteilt, daß die Bierproduktion im Interesse einer Streckung der Gerstenvorräte, die auf 60 Prozent kontingentiert worden ist, wohl eine weitere Einschränkung auf 40 Prozent erfahren werde, sodaß das Bier ein Luxusartikel für den einfachen Mann werden dürfte. Die großen Brauereien liefern bereits weniger an ihre Kunden, den Wünschen der Gastwirte entsprechend wurde der Flaschenbierhandel verringert. Ein erheblicher Teil des erzeugten Lagerbieres wird für unser Heer gebraucht, und die Heimgebliebenen werden zugunsten unserer braven Krieger ihren Bedarf sicherlich gern einschränken. Es wurde angeregt, dem alten, beliebten und gesunden Weißbier, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Keine Tariffündigung im Berliner Baugewerbe.

De im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Steinholzleger Groß-Berlins beschloßen nach eingehender Beratung, den am 1. August ablaufenden Tarifvertrag nicht zu kündigen. Der Tarif hat nach den Bestimmungen des Vertrages daher ein weiteres Jahr Geltung.

Partei Vorstand gegen Vorwärts.

Der sozialdemokratische Parteivorstand wendet sich im Vorwärts gegen dessen Polemik wider die Erklärungen des Vorstandes. Wenn er behauptet, daß sich der Vorwurf der „Hintertreppenpolitik“ auf ganz andere Dinge beziehe als die in der Erklärung des Vorstandes erwähnten, so sei darin eine neue Verdächtigung zu erblicken, die entschieden zurückgewiesen werden müsse. Der Vorwärts suche ferner in seiner Erwidrerung von den Spuren jener Kreise, die die organisierte Parteizerrüttung betreiben, abzulenken, indem er auf Äußerungen im Volksblatt für Anhalt und im Karlsruher Volksfreund sowie auf die Broschüre des Sozialdemokraten Koll über „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ hinweise, in denen den Katastrophopolitikern der Rat gegeben werde, einen Klub für sich zu bilden. Auch solche Präferenzen über die angeblich zur Herstellung einer wirklichen Einheit und Einigkeit notwendige Scheidung der Partei seien ungemein schädlich. Der Vorstand zweifle nicht daran, daß die deutschen Arbeiter den literarischen Vorkämpfern der Idee der Parteierkennung, auf welcher Seite sie auch immer stehen, die gebührende Antwort geben werden. Danach heißt es weiter:

„Wenn wir uns so scharf gegen das Unterschriftenflugblatt vom 9. Juni gewandt haben, so vor allem deshalb, weil es sich hier um mehr als um die journalistischen Meinungsäußerungen eines oder einiger Parteigenossen handelt. Eine Gruppe der Minderheit in der Partei hat sich besonders organisiert und betreibt von einer Zentralstelle aus mit unwahren Behauptungen die Minierarbeit gegen die Politik der Parteimehrheit. Wenn das diesem Teil der Opposition recht sein soll, so müßte es morgen jeder anderen Gruppe der Partei billig sein. Das muß dann aber zur Desorganisation der Partei führen und ist praktische Vorarbeit für die Spaltung der Partei. Die Erkenntnis dieser Gefahren veranlaßten die Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion zu ihrem Appell an die Parteigenossen, diesem Treiben ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen. Der Partei-ausschub hat sich dieser Auffassung angeschlossen.“

Endlich ist es eine Irreführung der Parteigenossen, wenn der Vorwärts es so darzustellen sucht, als ob es sich bei der Verteilung dieses Treibens um die Auffassung der Mehrheit des Partei- und Fraktionsvorstandes handelt. Der Text des Aufrufs „Gegen Parteizerrüttung“ wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen.“

Das angegriffene Blatt erwidert in der gleichen Nummer in der Weise, daß es vor diese Erklärung des Parteivorstandes eine Auslassung des Abg. C. Bernstein setzt mit dem Titel „Macht-illusionisten“; darin wirft dieser der Mehrheit, die ihre Mitarbeit den bürgerlichen Parteien und der Regierung während des Krieges nicht versagen will, unerblickt vor, sich zu „Apportier-Sozialisten“ zu erniedrigen. Er fordert ein „Los von den Machtillusionisten!“ Der Vorwärts selbst setzt hinter die Erklärung des Parteivorstandes eine längere Erklärung worin er behauptet, die äußere organisatorische Geschlossenheit der Partei sei nicht bedroht, wohl aber sei die Gefahr einer inneren Prinzipienzerrüttung der Partei längst offenbar. Und diese wollten die „Querstreber“ beseitigen.

Durchhalten unserer Viehbestände.

Aus der vorjährigen Ernte ist ein beträchtlicher Bestand an zuderhaltigen Futtermitteln verblieben, der für den Haushalt der Wirtschaft in der bevorstehenden Wirtschaftsperiode besonders wertvoll ist. In den Kreis der Verbraucher erfahren, wie es in einer Bekanntmachung des Landwirtschaftsministers heißt, die einzelnen Futtermittel eine sehr verschiedene Bewertung. Am wenigsten beliebt ist das Melassefutter, dessen Einführung vielfach noch immer Schwierigkeiten begegnet. Es handelt sich um rohe, unvermischte Melasse mit durchschnittlich 48 Prozent Zucker, die in der Wirtschaft selbst durch Vermischung mit Spreu, Häfeln oder Stroh zur Fütterung geeignet gemacht wird, um Torfmelasse mit durchschnittlich 70 Prozent Melasse und 30 Prozent Torfmehl und um Häfelmelasse mit rund 65 Prozent Melasse und 35 Prozent Strohhäfel. Der Rohzucker wird in nicht vergälltem Zustande an die Verbraucher steuerfrei abgegeben, wenn er nach Vorchrift der Steuerbehörde nachträglich vergällt wird. Als fertiges Futter wird er der Regel nach in einer Mischung von etwa 90—95 Prozent Rohzucker und 5—10 Prozent Strohhäfel geliefert.

Die Schnitzel, d. h. gewöhnliche Trockenschnitzel, Zuckerschnitzel und Melasseschnitzel, sind nur noch in geringen Mengen vorhanden, weil sie ein allgemein beliebtes Futtermittel darstellen und daher zur Zeit der Beschlagnahme schon zum großen Teil vergriffen waren. Aus einer Berechnung des Prof. Dr. Schmoeger (Danzig) ergibt sich, daß das Pfund Stärkewert in allen Zuckerrutterarten rund 25 Prozent billiger ist als in den Kartoffeln, wenn der Preis dieser Frucht zu 4 Mk. für den Zentner angenommen wird. Besonders billig stellt sich die Nährwertigkeit in der frischen Melasse. Der Preis der Strohmelasse und des mit Häfeln vergällten Rohzuckers erscheint etwas höher, jedoch ist der Futterwert des Häfels dabei nicht berücksichtigt; geschieht das, dann berechnet sich die Nährwertigkeit in diesen Futtermitteln nicht wesentlich höher als in der Torfmelasse.

Von allen Kraftfuttermitteln stehen zurzeit in größeren Mengen nur zuderhaltige Futtermittel zur Verfügung; denn die Erzeugung an Kleie ist aus bekannten Gründen nur gering, die aus der inländischen Ernte an Erfrüchten hergestellten Dicken, der Anfall aus den wesentlich eingeschränkten Gärungsgewerben ist ebenfalls geringer als sonst. Die Produkte der Zuckerrfabrikation müssen daher für die Erhaltung der einheimischen Viehbestände in erster Linie in Anspruch genommen werden.

Im allgemeinen sollten die Gaben von Zucker oder Melasse die Menge von 4 Pfund auf den Kopf bei Großvieh (1000 Pfund Lebendgewicht) nicht übersteigen, und man muß bemüht sein, eine Mischung aus dem verfügbaren Grünfutter, Heu, Futterstroh, Kartoffeln oder Rüben unter Zugabe von Zuckerrutter und der Mindestgabe von einweißhaltigem Futter (Kuchen, Trockenhefe usw.) zusammenzustellen. Mit solchem Grundfutter, das den Vorzug der Billigkeit hat, wächst das Jungvieh normal weiter und wird seiner Zweckbestimmung zugeführt werden können. Dasselbe Grundfutter können Muttiere: Pferde, Milchvieh und Spannochsen, in Arbeit erhalten.

Wenn daran gelegen ist, sein Vieh ohne allzu große Einschränkung des Bestandes über etwa eintretende Notzeiten durchzuhalten, dem kann empfohlen werden, sich rechtzeitig auf die Verteilung von Zuckerrutter und namentlich Melasse einzurichten und dabei den Rat zu beachten, nicht auf einmal die ganze Menge Zuckerrutter zu geben, sondern allmählich von dem alten auf das

neue Futter überzugehen. Die Melasse und die anderen zuckerhaltigen Futtermittel sind durch die Kommunalverbände unter Vermittlung der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin W 35, Potsdamer Straße 30, zu beziehen.